

HERMANN GRAML

PRÄSIDIALSYSTEM UND AUSSENPOLITIK

In der „Historischen Zeitschrift“ hat Werner Conze im April 1972 eine „Zwischenbilanz“ der Brüning-Diskussion gezogen und darin, seine Erörterung der innenpolitischen Entwicklung des Präsidialsystems nur kurz unterbrechend, Brünings Außenpolitik mit der beiläufigen Bemerkung abgetan, sie, die mit dem Ende der Reparationen und mit der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands den Friedensvertrag von Versailles liquidieren wollte, habe „sich grundsätzlich nicht von der Tendenz der vorhergegangenen Reichsregierungen“ unterscheiden¹. Eine solche Kontinuitätsthese verführt in der Tat dazu, die Außenpolitik des Reichskanzlers Brüning ohne größere Problematik zu sehen und die Frage nach einem spezifischen Charakter der deutschen Außenpolitik zwischen 1930 und 1933 zu unterlassen; die Vermutung, Kontinuität könne, statt zu Beginn der Ära der Präsidialkabinette, vielleicht zu Beginn des Dritten Reiches festgestellt werden, taucht gar nicht erst auf. Auch Rudolf Morsey hat in seinem jüngsten Beitrag zur Brüning-Diskussion, einer vergleichenden Studie über „Brüning und Adenauer“, die Außenpolitik Brünings offenbar unproblematisch gefunden, obwohl gerade ein derartiger Vergleich zu einer scharfen und klärenden Konfrontation der außenpolitischen Vorstellungswelt wie der außenpolitischen Methoden dieser beiden Regierungschefs förmlich hätte einladen müssen. Namentlich den Versuch zur Befreiung des Reiches von den Reparationen scheint Rudolf Morsey als bare Selbstverständlichkeit charakterisieren zu wollen, da die Reparationen „jede außenpolitische Initiative und Aktivität blockiert“ hätten²; engere Zusammenhänge zwischen der Außen- und der Innenpolitik des Präsidialsystems nimmt er offenbar nicht an, wenn man davon absieht, daß er Brünings rigorose Sparpolitik auch auf die Absicht zurückführt, die Mittel zur Erfüllung des Young-Plans zu bekommen³. Ist aber die Kontinuitätsthese tatsächlich haltbar? Hat Brüning nicht doch außenpolitische Ziele verfolgt, die im Vergleich zur vorhergegangenen Periode neu waren und vornehmlich die Ära der Präsidialkabinette kennzeichneten? War die von jenen Zielen abhängige Außenpolitik nicht doch höchst problematisch, weil sie zu einer tiefen Störung der internationalen Beziehungen in Europa führte und weil sie Brüning zugleich zu einer Beschleunigung und Verschärfung seiner antipluralistischen Restaurationspolitik im Innern zwang? Hatte nicht andererseits Brünings Außenpolitik eine überaus wichtige Funktion in seinem großen Restaurationsversuch? In solchen Fragen sind einige Thesen angedeutet, die kurz dargelegt werden sollen.

¹ Werner Conze, Brüning als Reichskanzler, Eine Zwischenbilanz, in: HZ 214 (1972), S. 520.

² Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer, Zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1972, S. 15.

³ Rudolf Morsey, a. a. O.

In der wesentlich von Gustav Streseman bestimmten Periode deutscher Außenpolitik, die Mitte 1925 begann und im Frühjahr 1930 endete, machte Deutschland, allgemein gesagt, den weitgehend gelungenen Versuch, die Beziehungen zu Frankreich zu normalisieren und über diese Normalisierung seine bisher gegebene internationale Isolierung zu durchbrechen⁴. Die Normalisierung aber, die sich allmählich zu Verständigung und Annäherung entwickeln sollte, beruhte auf der freiwilligen, wenngleich nur partiellen und indirekten Anerkennung des Vertrags von Versailles. Die Anerkennung fand ihren Ausdruck vor allem in drei Verträgen, nämlich im Dawes-Plan, im Sicherheitspakt von Locarno und schließlich noch 1929/30 im Young-Plan. Die deutsche Unterschrift unter Dawes- und Young-Plan bedeutete konkret, daß Deutschland eine langfristige Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen übernahm und mit seinen Zahlungen Frankreich überdies von der Furcht vor einer deutschen Wiederaufrüstung befreite. Der auf solche Weise eingeleitete und gesicherte Wiederaufstieg Deutschlands zu einer europäischen Großmachtposition mußte ferner mit dem Eintritt in internationale Vertragssysteme, in das System von Locarno und in den Völkerbund, bezahlt werden. Die internationale Bindung sollte Deutschland daran hindern, eine vielleicht schon bald zurückgewonnene Großmachtstellung abermals zur Praktizierung einer aggressiven und gleichgewichtsfeindlichen Hegemonialpolitik – zunächst in der Form territorialer Revisionspolitik – zu benutzen. Gewiß hat Streseman durch eine behutsamere Fortsetzung der Rapallo-Politik die Möglichkeit zur Realisierung revisionspolitischer Ambitionen gegenüber Polen offen zu halten versucht und diese Möglichkeit anfänglich sehr ernst und wichtig genommen. Auch hatte Streseman selbstverständlich die Hoffnung, die reparationspolitischen Verpflichtungen Deutschlands allmählich mildern und schon vor 1933 – dem Endtermin des Young-Plans – ganz abschütteln zu können. Jedoch trat die revisionspolitisch begründete antipolnische Tendenz, 1925/26 noch sehr lebendig, im Laufe der Jahre für ihn selbst in den Hintergrund, die Milderung der Reparationslast hätte Streseman wohl unter sorgsamer Rücksichtnahme auf das französische Sicherheitsbedürfnis weiter angestrebt, und nichts deutet darauf hin, daß Streseman und seine engsten Mitarbeiter eine Lockerung der internationalen Verflechtung Deutschlands auch nur erwogen hätten. Seit Deutschlands Haltung zum Kellogg-Pakt zur Debatte stand, haben Stresemanns Staatssekretär v. Schubert und seine Mitarbeiter im Auswärtigen Amt sogar eine für unvermeidlich angesehene Ver-

⁴ Daß die politische und militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, symbolisiert durch den am 16. April 1922 unterzeichneten Vertrag von Rapallo und durch den während der Amtszeit Stresemanns am 24. April 1926 geschlossenen Berliner Vertrag, schon angesichts der außenpolitischen Schwäche der beiden kooperierenden Staaten für absehbare Zukunft keine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands und keinen Ersatz für eine Verständigung mit den Westmächten darstellte, hatten der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet und die dann folgende innen- wie außenpolitische Krise des Reiches deutlich genug bewiesen. Vgl. hierzu Hermann Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 366–391.

mehring und Verfestigung der internationalen Bindungen Deutschlands gefördert; im Hinblick auf die damit verbundenen Vorteile für Deutschland wie im Hinblick auf die Besserung der internationalen Beziehungen dürfe, ja, müsse man in Kauf nehmen, daß die Erreichung revisionspolitischer Ziele dadurch erschwert werde⁵. Als Vorgang erinnert das fast an die Degenerierung der Wiedervereinigungspolitik unter Adenauer, bedeutete damals aber natürlich keine Option für eine Art Westorientierung, sondern lediglich die Option für ein stabiles europäisches Gleichgewichtssystem.

Der Amtsantritt des Kabinetts Brüning machte all dem ein Ende. Die Ratifizierung des Young-Plans ist eben erst vollzogen, da wird eine deutsche Regierung gebildet, der nicht allein Kritiker, sondern auch scharfe Gegner des Young-Plans angehören. Staatssekretär v. Schubert wird nach Rom versetzt und durch Herrn v. Bülow abgelöst, dem das europäische Gleichgewicht wenig bedeutet und der dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nur dann einen Sinn abzugewinnen vermag, wenn der Eintritt einen revisionspolitisch nutzbaren Machtgewinn einbringt⁶. Der neue Reichskanzler spricht in seiner Regierungserklärung nicht von Fortsetzung oder Kontinuität, sondern von „organischer Weiterentwicklung“ der Außenpolitik, was aufmerksame Beobachter, etwa Breitscheid, sofort einen Kurswechsel argwöhnen läßt⁷. Bald zeichnet sich in der Tat ab, daß das Kabinett Brüning, analog seinem verfassungs- und gesellschaftspolitischen Restaurationsversuch, auch die internationale Situation auf den Stand des wilhelminischen Zeitalters zurückdrücken will.

⁵ Einen deutlichen Beweis für diese Tendenz einer bestimmten Gruppe im Auswärtigen Amt liefert der vom 12. 1. 1928 stammende erste Runderlaß des Staatssekretärs v. Schubert zur Frage des Kellogg-Pakts. Das Dokument ist neben anderen, in die gleiche Richtung weisenden Quellen erstmals von Peter Krüger, dem ich für seinen Hinweis darauf sehr zu danken habe, verwertet worden, und zwar in seiner die außenpolitische Konzeption jener „Schule“ eingehend behandelnden Bonner Einführungsvorlesung vom 13. 12. 1972, *Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik 1928: Die deutsche Außenpolitik und die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt*.

⁶ Zu den außenpolitischen Vorstellungen Bernhard v. Bülows vgl. Peter Krüger/Erich J. C. Hahn, *Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933*, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 376–410.

⁷ Brünings Regierungserklärung und die Äußerung Breitscheids in: *Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart*, Hrsg. Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Bd. VIII, S. 21 ff., S. 24. Die in Regensburg an meinem Referat geübte Kritik hat sich weniger an meiner Charakterisierung der Außenpolitik Brünings entzündet, sondern vor allem an der hier aufgestellten These, die Außenpolitik Brünings habe sich grundlegend von der Stresemanns unterschieden. Namentlich Rudolf Morsey hat dargetan, daß er die Behauptung, Brüning habe einen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik vollzogen, für falsch hält. Nun sei gerne eingeräumt, daß Stresemann bis zuletzt revisionspolitische Hoffnungen hegte, namentlich im Hinblick auf Polen, daß also insofern in der Tat ein Berührungspunkt mit Brüning gegeben ist. Es ist ferner nicht zu leugnen, daß auch Stresemann – worauf ebenfalls Rudolf Morsey hinwies – gelegentlich Äußerungen machte, die von französischen Sekuritätseiferern übel vermerkt wurden. Indes beruhten solche Zwischenfälle doch darauf, daß Stresemann dem

Wie Brüning und seine Mitarbeiter damals wieder und wieder erklären, vor ihren Parteifreunden, vor dem Reichsrat, vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags und selbst in öffentlichen Reden, ist der neue Kurs von zwei Grundtatsachen bestimmt: von der großen Wirtschaftskrise und von den Konsequenzen des Young-Plans. Allerdings nicht in dem Sinne, daß Wirtschaftskrise und Young-Plan die deutsche Außenpolitik in determinierende Zwänge gepreßt hätten. Das Argument, in der Wirtschaftskrise sei der Young-Plan nicht mehr zu erfüllen gewesen, weshalb der trotzdem unternommene Versuch zu seiner Erfüllung die Krise verschärft und schließlich notwendigerweise zu einer die Streichung der Reparationen anvisierenden Politik geführt habe, geht an der tatsächlichen Lage und an den Intentionen des Kabinetts Brüning vorbei⁸. Seit Herbst 1930 bestand

deutschen Nationalismus bewußt verbale Konzessionen machte, und die französischen Reaktionen auf derartige Konzessionen konnte er ohne weiteres hinnehmen, weil er wußte, daß sie nur episodischen Charakter hatten. Episoden aber blieben die französischen Reaktionen – anders als später unter Brüning – deshalb, weil in Stresemanns außenpolitischer Gesamtkonzeption die Prioritäten ganz anders gesetzt waren – woran die ostpolitische Revisionshoffnung gar nichts ändert – als in der Konzeption Brünings. Stresemann wollte, was in Paris langsam erkannt und anerkannt wurde, die Verständigung mit beiden Westmächten, mit Frankreich ebenso wie mit Großbritannien. Kern seiner Verständigungspolitik war Erfüllungspolitik gegenüber Frankreich, und diese Erfüllungspolitik bestand in der prinzipiellen Anerkennung der deutschen Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen und in ganz konkreten finanziellen Leistungen; daß sich Stresemann um eine halbwegs erträgliche Regelung der Reparationsfrage und um eine allmähliche Reduzierung der deutschen Zahlungen bemühte, stellte weder die prinzipielle Anerkennung der deutschen Zahlungsverpflichtung noch die konkrete Leistung in Frage. Brünings Konzeption hingegen hat nicht nur gewisse revisionspolitische Elemente enthalten, sondern bietet sich insgesamt als eine revisionspolitische Konzeption dar. Die von ihm geführten Kabinette suchten nicht die auf Erfüllungspolitik basierende Verständigung mit Frankreich, vielmehr suchten sie, bei ständig schrofferer Betonung des Revisionsanspruchs im Osten und sogar im Südosten, eine ungeschriebene antifranzösische Allianz mit London und Washington, um mit Hilfe dieser Allianz, was in Paris rasch verstanden wurde, sowohl die konkreten Reparationsleistungen einstellen wie die grundsätzliche deutsche Zahlungsverpflichtung abschütteln und gleich auch noch die deutsche Rüstungsgleichberechtigung durchsetzen zu können. Unter den damaligen Umständen war ein schärferer Gegensatz zu Konzeption und praktischer Führung der Außenpolitik Stresemanns kaum vorstellbar. Schließlich sei noch erwähnt, daß weder Stresemann selbst noch die von ihm repräsentierten Gruppen der deutschen Gesellschaft an eine antiparlamentarische Änderung der Verfassung oder doch der Verfassungswirklichkeit dachten, auch nicht an eine baldige Wiederherstellung der Monarchie, und deshalb nicht, wie Brüning, unter dem Zwang standen, eine außenpolitische Position Deutschlands erreichen zu müssen, die finanzielle und politische Interventionen gegen die innere Restauration nach Möglichkeit ausschloß.

⁸ Brüning hat den Young-Plan bereits am 21. März 1930, auf einer Tagung der Rheinischen Zentrumsparterie, „nach sorgfältiger Überlegung“ als „Diktat“ bezeichnet und unmißverständlich einen Versuch zur Liquidierung des Plans angekündigt; Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns, hrsg. von Wilhelm Vernekehl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968, S. 42. Noch deutlicher hat Brünings Außenminister Julius Curtius am 20. November 1930 vor dem Reichsrat zu verstehen gegeben, daß bald ein Angriff auf den Young-Plan erfolgen werde, und dabei schon die Argumentation des Sommers 1931 vorweggenommen, wenn er sagte, die Reichsregierung trage schließlich die

jederzeit die Möglichkeit einer Revision oder einer Suspendierung des im Sommer 1931 tatsächlich suspendierten Young-Plans, sogar die Möglichkeit eines von Frankreich zu besorgenden und zum großen Teil auch zu gebenden Milliardenkredits, falls Deutschland, was angesichts der deutschen Wirtschaftslage als relativ kulanter Preis hätte erscheinen können, seine Reparationspflicht nicht grundsätzlich bestritten und in eine zehnjährige Suspendierung seiner sonstigen revisionspolitischen Ansprüche eingewilligt hätte. Derartige Lösungen hat aber das Kabinett Brüning rundweg abgelehnt*. Brüning selbst und seine engsten Gehilfen

Verantwortung dafür, „daß das deutsche Volk durch unerträgliche Lasten nicht seiner sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird“; Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 178. Die These, im Sommer 1931 sei die Reichsregierung durch die katastrophale Wirtschaftsentwicklung zu im Grunde überstürzten Schritten in der Reparationsfrage genötigt worden, ist mithin nicht haltbar. Wie zielbewußt Brüning hingegen die Wirtschaftsentwicklung zur Realisierung einer längst bestehenden Absicht benützte, hat er selbst am 5. November 1931 vor dem Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei dargetan, als er nicht allein den Zustand der deutschen Wirtschaft als die „stärkste und durchschlagendste Waffe“ charakterisierte, die der Reichsregierung in der Reparationsfrage zur Verfügung gestanden habe, sondern hinzusetzte, „diese Waffe zu schmieden, war die Aufgabe des ersten Jahres der Tätigkeit dieser Reichsregierung“; Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze, S. 76. Vgl. auch seine Unterredung mit Hitler, Frick und Strasser am 6. Oktober 1930; Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 192 f.

* Brüning, Memoiren, S. 329 ff. Vgl. auch Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Berlin 1962, bes. S. 68 f. In der Regensburger Diskussion ist gesagt worden, das französische Angebot sei in Deutschland innenpolitisch nicht durchsetzbar gewesen. Dem ist sicherlich zuzustimmen – vgl. Hermann Graml, Europa zwischen den Kriegen, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 393. Stellt man jedoch die genauere Frage, warum denn ein Angebot, das 1924 und 1928/29 in Deutschland wahrscheinlich ernsthaft erörtert und vermutlich auch angenommen worden wäre, im Sommer 1931 keine Chance mehr hatte, so ergibt sich die genauere Antwort, daß das Angebot bei den Kräften der deutschen Gesellschaft nicht durchsetzbar war, von denen Brüning politisch abhing, also in erster Linie bei Reichspräsident v. Hindenburg und bei der Reichswehr. Brüning war indes von diesen Kräften nicht nur abhängig, sondern er gehörte selbst zu ihnen, zwar nicht seiner politischen Herkunft nach, wohl aber nach seinen politischen Anschauungen. Daher hat er die französische Offerte nicht etwa abgelehnt, weil er sie innenpolitisch nicht hätte durchsetzen können, sondern weil sie für ihn selbst als außenpolitische „Kapitulation“ – so in seiner Königsberger Wahlrede vom 9. 4. 1932, „Germania“, 10. 4. 1932, S. 15 – ebenfalls unannehmbar war. Eine klassische Illustration seiner Haltung hat er in seinen Memoiren geliefert (S. 326), wo er schrieb, zu den Gesprächen mit Laval über das französische Angebot habe er Staatssekretär Schäffer und andere Mitarbeiter nicht mitgenommen: „Eine Anleihe Frankreichs deswegen auszuschlagen, weil dafür politische Konzessionen verlangt wurden, wäre für sie ein unmöglicher Gedanke gewesen und hätte sie deprimiert. Ihr Widerstand hätte die Stimmung der anderen Teilnehmer beeinträchtigt.“ Vgl. auch seine Schilderung der Erregung, mit der er die Forderung einiger Bankiers, vor Frankreich zu „kapitulieren“, zurückgewiesen habe; Memoiren, S. 316 f. Insgesamt ist die Geschichte des französischen Angebots nur ein weiterer Beweis für die 1930/31 eingetretene Machtverschiebung nach rechts und den damit verbundenen innen- und außenpolitischen Kurswechsel.

gingen zunächst einmal davon aus, daß der Young-Plan Deutschland von jeder internationalen Kontrolle seiner Finanzen befreit und zudem den Abzug der letzten Besatzungstruppen eingebracht hatte. Es ist verblüffend, daß ein Faktum, das die Zeitgenossen, von der Öffentlichkeit bis zu den handelnden Akteuren, elektrisierte und das ja schon zu den wesentlichen Voraussetzungen eines Restaurationskabinetts gehört hatte¹⁰, von der Forschung weitgehend ignoriert wird. Deutschland schien zum ersten Mal seit 1918 ein erhebliches Maß an politischer Bewegungsfreiheit zu besitzen, und unter dem Eindruck dieser Vorstellung gab das Kabinett Brüning widerstandslos der Versuchung nach, die Erschütterung der europäischen und der Weltwirtschaft zur endgültigen Liquidierung der Reparationen zu benutzen. Als taktisches Rezept wählte Brüning allerdings die zeitweilige Beachtung des Young-Plans, weil er damit seine Verhandlungsposition verbesserte und weil er sich vom Young-Plan gerne zu einer krisenverschärfenden und schließlich zur Zahlungsunfähigkeit Deutschlands führenden Finanzpolitik zwingen ließ; die Zahlungsunfähigkeit brauchte er ja als Waffe gegen die deutsche Reparationsverpflichtung¹¹. Diese Erfüllungspolitik beruhte also nicht etwa auf Vertragstreue, sie war vielmehr Bestandteil eines Plans zur Zerstörung eines Vertrags. Hier ist kein Element zu sehen, das einen Vergleich mit Stresemann erlauben würde. Eine Verbindung besteht allenfalls zu dem reparationspolitischen Konzept, das 1921 Wirth und Rathenau entwickelt hatten: durch eine kurz befristete Erfüllung die Unmöglichkeit weiterer Erfüllung zu beweisen.

Indes zeigte sich Brüning von Anfang an noch von einem zweiten Gedanken beherrscht: in einem Prozeß, der zur Abschüttelung der Reparationen parallel laufen und mit ihr taktisch eng verklammert sein sollte, wollte er die militärische Gleichberechtigung Deutschlands erreichen¹². Die geforderte Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung war aber keineswegs Instrument einer Politik, die andere Mächte zur Abrüstung nötigen sollte, wie Brüning britischen und amerikanischen Gesprächspartnern vorspiegelte; daß höchstens bescheidene Erfolge zu erwarten waren, falls die lange geplante und am 23. Januar 1931 endlich beschlossene große Abrüstungskonferenz überhaupt Fortschritte bringen sollte, wußten Brüning und die Mitglieder seiner Regierung ebenso gut wie jeder andere

¹⁰ In seinen Memoiren erinnert sich Brüning daran (S. 145f.), daß er Schleicher im Frühjahr 1929 gesagt habe, vor der Räumung des Rheinlands sei ein scharfer Rechtsruck in Deutschland und die Bildung eines Restaurationskabinetts – „zum mindesten eine Situation wie in Ungarn“ – aus außen- wie innenpolitischen Gründen nicht möglich. Vor dem auswärtigen Ausschuß des Reichstags hat er es am 24. Mai 1932 als richtig bezeichnet, daß seine Reparationspolitik „nicht möglich gewesen wäre, wenn wir nicht vorher die Rheinlandräumung durchgesetzt“ hätten; Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze, S. 176. Curtius hat schon während der Schlußverhandlungen über den Young-Plan Reichskanzler Müller befriedigt berichtet, „daß es unter dem Regime des Young-Planes kein Sanktionssystem mehr gibt“; Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, S. 133.

¹¹ „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen.“ Brüning, Memoiren, S. 309.

¹² Hierzu besonders Brüning, Memoiren, S. 194 (Unterredung mit Hitler vom 6. Oktober 1930).

Politiker in Europa. Die Forderung diente vielmehr dem Zweck, die Wege zur deutschen Aufrüstung zu öffnen¹³. Zwar dachten Brüning und die Führer der Reichswehr zunächst nur an eine relativ maßvolle Aufrüstung. Aber während der Reichskanzler noch Amerikanern wie Stimson seinen Glauben an die allgemeine Abrüstung beteuerte, mit der sich die bescheidenen deutschen Ansprüche durchaus vertragen, war ihm sehr wohl klar, daß schon die relativ maßvolle Aufrüstung die Stärke und die Schlagkraft der Reichswehr in wenigen Jahren verzehnfachen würde¹⁴. An dieser Aufrüstungspolitik hat Brüning ebenso zäh festgehalten wie an seiner Reparationspolitik – aus eigenem Antrieb und als Lobbyist der Reichswehr, welche Rolle ihm mit der ersten Stunde seiner Amtstätigkeit neben anderen Rollen zugefallen war¹⁵. Als Endziel, auf das Reparations- und Rüstungspolitik hinführen sollten, schwebte ihm, wie er immer wieder zu verstehen gab, der Durchbruch zu einer außenpolitischen Bewegungsfreiheit vor, wie sie das Deutsche Reich 1914 besessen hatte. Daß spätestens nach der Erreichung dieses Endziels die Revision der deutschen Ostgrenze durchgesetzt werden müsse, verstand sich von selbst. Mit dem wachsenden und zunächst noch keineswegs fundierten Kraftgefühl tauchte sogar schon die Vision auf, Deutschland werde als Erbe der zerfallenen Donaumonarchie eines Tages die wirtschaftliche und politische Führung Südosteuropas übernehmen¹⁶.

¹³ Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags erklärte er am 24. Mai 1932 sehr deutlich: „Die Aufrüstung für uns einseitig zu verkünden, wäre sinnlos, solange wir Aussicht haben, dieses Ziel auf vertraglichem Wege zu erreichen. Ich glaube, eine gewisse Übereinstimmung mit den Ausführungen von Exzellenz Seeckt erzielt zu haben.“ Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze, S. 174. In den Memoiren (S. 556) umreißt er den Sinn der Formel von der deutschen Gleichberechtigung mit den lapidaren Worten „Abrüstung der andern und Aufrüstung für uns“.

¹⁴ Man braucht nur die Schilderungen miteinander zu konfrontieren, die Brüning in seinen Memoiren einerseits von einer Unterhaltung mit Groener im April 1932 (S. 552 ff.) und andererseits von einer Verhandlung mit Stimson und Norman Davis kurze Zeit danach (S. 558 ff.) gibt.

¹⁵ Wie sehr sich Brüning selbst als Mann der Reichswehr fühlte, hat er in seinen Memoiren oft genug dargetan, vielleicht am eindringlichsten mit der fast bewegenden Szene bei Hindenburg (S. 602), als der Reichspräsident, der gerade den Kanzler Brüning entlassen hat, den Gruß der Ehrenkompanie vor dem Portal entgegennimmt. Bitter kommentiert der gestürzte Kanzler, daß sein endgültiger Abgang auch noch mit einer Demütigung für ihn gefeiert werde: „Gefeiert von der Truppe, die ich in wochenlangem Ringen im Sommer 1931 vor der Einschränkung ihrer Rüstung gerettet hatte, für die ich mit Rücksicht auf ihre Zukunft gewagt hatte, vielleicht die letzte Chance zur Vermeidung der Bankenkrise nicht zu nutzen.“

¹⁶ Daß z. B. der gescheiterte Versuch, eine Zollunion mit Österreich zu vereinbaren, tatsächlich als Vorstufe zur Lösung Österreichs aus den 1922 eingegangenen Verpflichtungen und zur Vereinigung mit dem Reich gedacht war, hat Curtius in seinen Erinnerungen, wenn gleich er gerade auch dort solche Pläne entschieden bestreitet, indirekt doch zugegeben, wenn er im Hinblick auf erste angelsächsische Pressionen, die Zollunion freiwillig wieder aufzugeben, schreibt, das sei der Reichsregierung nicht möglich gewesen, weil das Österreich verstimmt und in Versuchung geführt hätte, „sich international wiederum so zu orientieren, wie es im Jahre 1922 infolge der Ohnmacht des Reichs geschehen war. Dann waren unsere

Brüning hat weder in seinen damaligen Reden noch in seinen Memoiren ein Hehl daraus gemacht, daß er seine Außenpolitik als eine Spielart der politischen Kriegführung betrachtete. Daß er politische Situationen so gerne mit erlebten Situationen an der Westfront verglich, daß er seine Außenpolitik so gerne mit militärischen Begriffen erläuterte, daß er fortwährend Durchhalteparolen ausgab, daß er auf internationalem Felde Durchbrüche erzwingen und Siege erringen wollte – das waren nicht die rhetorischen Kapricen eines ehemaligen Frontsoldaten, sondern Kategorien seiner Politik¹⁷. Im Rahmen dieser politischen Kriegführung und im Blick auf die angestrebte außenpolitische Bewegungsfreiheit ist die internationale Verflechtung Deutschlands zunächst als bald entbehrlich erschienen und endlich als lästig empfunden worden. Anders als Stresemann, der als geborener Parlamentarier auch auf internationalen Konferenzen oder in den Genfer Gremien des Völkerbunds geschickt und gerne agierte, haben Brüning und sein Außenminister Curtius den Genfer Institutionen und den internationalen Konferenzen eine unverhohlene Abneigung entgegengebracht¹⁸. Das war keine Stilfrage. Brüning und Curtius haben nicht allein mit dem Boykott der Abrüstungskonferenz und mit dem Austritt aus dem Völkerbund gedroht, falls dort die deutsche Aufrüstung scheitern sollte oder „starre Verträge“ die Zukunft der Völker behindern sollten¹⁹, sondern bereits vor einer entsprechenden Erprobung der Abrüstungskonferenz und des Völkerbunds einen ernsthaften Versuch eingeleitet, die Berliner Außenpolitik vom multilateralen auf bilateralen Verkehr umzuschalten, sei es mit Italien, England, Frankreich, Polen oder der Tschechoslowakei. Es ist sehr bezeichnend, daß Brüning sogar eine Institutionalisierung des Konzerts der vier europäischen Großmächte verworfen hat; als Mussolini in einem Gespräch mit Brüning diesen Gedanken erwähnte, der 1933 im Viermächtepakt vorübergehend

Wünsche nach dauernd fester Verbindung mit unserem Brudervolk endgültig verwirkt.“ (Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, S. 201 f.). Daß die Tschechoslowakei zum Beitritt zur Zollunion gezwungen – und damit in den wirtschaftlichen Einflußbereich des Reiches eingeordnet – werden sollte, hat Curtius ebenfalls klar gesagt (a. a. O., S. 212). Auch Brüning spricht in seinen Memoiren (S. 268) von einer „Verbreiterung des Zollunionsgedankens nach dem Südosten“ und (S. 267) von „der Gefahr, daß sich Österreich völlig und dauernd in die Arme der Franzosen werfe“, was er „unter keinen Umständen“ habe verantworten können.

¹⁷ Allein auf einer halben Seite (508 f.) benützt Brüning in seinen Memoiren folgende Begriffe: „Einsatz letzter, schwacher Reserven im Großkampfe“ – „Entscheidungsschlacht“ – „Durchbruch“.

¹⁸ Lakonisch konstatiert Curtius (Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, S. 167): „Für den deutschen Außenminister war der Aufenthalt in Genf eine Qual.“

¹⁹ So Curtius in seiner Rede vor dem Reichsrat vom 20. November 1930 (a. a. O., S. 186), in der er auch (S. 182) zu verstehen gab, daß Deutschland vielleicht aus dem Völkerbund austreten werde, falls Berlins Forderung nach militärischer Gleichberechtigung nicht erfüllt werden sollte. Brüning schreibt in seinen Memoiren (S. 503), daß er Hugenberg in einer Unterredung, die am 10. Januar 1932 stattfand, gesagt habe, Deutschland werde, falls die Anerkennung seiner militärischen Gleichberechtigung auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz nicht erreicht werden sollte, die Konferenz verlassen und selbständig aufrüsten.

Gestalt gewann und der im Herbst 1938 mit der Münchner Konferenz Hitler doch noch aufgezwungen schien, da kam Brüning zu dem Schluß, daß schon eine solche internationale Bindung die außenpolitische Bewegungsfreiheit Deutschlands zu sehr einschränken würde²⁰.

In einem Europa, das ohnehin unter einem im Zeichen der Wirtschaftskrise ausgebrochenen Handelskrieg litt, mußten Zielsetzung und Methode der Außenpolitik Brünings zunächst als störende und bald als zerstörende Faktoren wirken. Das erste Opfer war das in der Stresemann-Ära mühsam normalisierte und noch keineswegs gesicherte deutsch-französische Verhältnis. Als Berlin offensichtlich nach der Liquidierung der Reparationen und gleichzeitig nach der Aufrüstung strebte, ist das in Frankreich nur als Vorstufe territorialer Revisionspolitik und mithin als Vorbereitung einer neuen deutschen Hegemonialpolitik empfunden worden, als Kampfansage. Eine ernsthafte Verständigung mit Deutschland stand danach für keine französische Regierung mehr zur Debatte. Der neue deutsch-französische Gegensatz, der allein schon unter allen damals vorstellbaren Umständen eine schwere Belastung der internationalen Beziehungen in Europa dargestellt hätte, rottete aber in Frankreich zugleich die ohnehin nicht allzu stark entwickelten Ansätze zur Abrüstungsbereitschaft aus. Die im Februar 1932 eröffnete Abrüstungskonferenz war auf Grund des vorerst in der Rüstungsfrage konkretisierten deutsch-französischen Gegensatzes gescheitert, noch ehe sie die Beratungen aufnahm. Eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbunds war unlösbar, eine schwere Erschütterung der Genfer Institution unausweichlich geworden.

Ebenso negativ hat Brünings Außenpolitik aber die innere Entwicklung Deutschlands beeinflußt. Schon aus dem Material, das Wolfgang Helbich in seiner bahnbrechenden und noch immer unentbehrlichen Studie über die „Reparationen in der Ära Brüning“ vorgelegt hat, aber auch aus den seither erschlossenen Quellen und nicht zuletzt aus den Memoiren Brünings geht zweifelsfrei hervor, daß der Kanzler wirksame Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auch und gerade im Blick auf seine außenpolitische Zielsetzung unterließ, daß er sogar Verschärfungen der Krise in Kauf nahm und selbst provozierte, um seine Reparations- und Rüstungspolitik zu stützen²¹. Um nur ein Beispiel zu nennen: Auch wenn es ihm niemand

²⁰ Brüning, Memoiren, S. 355f. Noch am 2. Juni 1954 hat Brüning im Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf die Außenpolitik Adenauers – als zu „dogmatisch“ auf wirtschaftliche Verflechtung mit fremden Staaten gerichtet – kritisiert und die Aufgabe von Souveränitätsrechten verurteilt; Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze, S. 297ff.

²¹ Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags sagte Brüning am 24. Mai 1932: „... ich bereite eine wirtschaftliche Situation vor und komme erst dann mit dem, was ich an Wünschen auszusprechen habe, das hat mir in Chequers einen Erfolg gebracht und hat sich auch in späteren Situationen bewährt“; Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze, S. 176. Zur Krise, die im Juni 1931 während Brünings Besuch in Chequers durch die 3. Notverordnung und den sog. „Tributanruf“ der Reichsregierung ausgelöst wurde, stellte Graf Schwerin von Krosigk, damals Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, noch im Juni 1931 fest: „Die einschneidenden Maßnahmen der Notverordnung können nur im Zusammenhang mit

gesagt hätte, verstand Brüning zuviel vom Geld, um nicht zu wissen, daß er eine Katastrophe der deutschen und der europäischen Finanzen unvermeidlich machte, als er am 6. Juni 1931 den Bankrott des Deutschen Reiches und den Abbruch der Reparationszahlungen ankündigte²². Er hat denn auch 1931 und 1932 wiederholt betont, daß er diese Katastrophe gebraucht habe, um endlich den Durchbruch in der Reparationsfrage zu erzwingen²³. Eine solche Politik förderte die politische Radikalisierung in Deutschland aber nicht nur deshalb, weil sie die materielle Not der Bevölkerung wachsen ließ. Die wesentlich von der Außenpolitik diktierte Wirtschafts- und Finanzpolitik war, da sie nahezu alle Klassen und Gruppen der Bevölkerung den Wirkungen der Krise auslieferte, nur unabhängig vom Reichstag zu verfolgen. Folglich ist Brüning zur Ausschaltung des Reichstags nicht zuletzt durch seinen starren außenpolitischen Kurs gezwungen worden, und man sollte nicht vergessen, daß die totale Emotionalisierung und Radikalisierung der deutschen Innenpolitik auch eine Folge der Ausschaltung des Parlaments als Stätte der politischen Entscheidungen gewesen ist. Mit anderen Worten, die deutschen Ansätze zur pluralistischen Demokratie und zum Parlamentarismus sind auch einem durchaus irrationalen Traum von deutscher Großmacht und ungehemmter außenpolitischer Bewegungsfreiheit zum Opfer gebracht worden.

Wenn Brüning einmal von innenpolitischen Notwendigkeiten gesprochen hat,

dem beginnenden Ringen um die Lösung der Reparationsfrage gesehen und verstanden werden.“ In: „Heimatdienst“ II, Juni 1931, S. 189. Im „Zentrum“ wurde 1932 (Nr. 5/6, S. 156f.) zu „Brünings Kampf“ gesagt, das Kabinett Brüning habe auf eine aktive Konjunkturpolitik „aus reparationspolitischen Gründen“ verzichtet, und in der bereits zitierten Königsberger Wahlrede vom 9. 4. 1932 („Germania“, 10. 4. 1932, S. 15) äußerte sich Brüning selbst ähnlich. In seinen Memoiren (S. 221) hält Brüning eine Unterredung mit dem damaligen Reichsbankpräsidenten Luther fest, die im Dezember 1930 stattfand und zeigt, daß die aufgeführten Erklärungen nicht etwa eine nachträgliche Rationalisierung darstellen; der Reichskanzler bezeichnete hier seine „scheinbar planlose Deflationspolitik“ ganz klar als Instrument, „um die Welt selbst zu einer Initiative für Streichung der Reparationen zu zwingen“.

²² Es gab aber Warnungen. So teilte der deutsche Botschafter in Washington, v. Prittwitz, am 14. 1. 1931 mit, Owen D. Young habe ihm gesagt, „Reparationsproblem könne ohne Krediterschütterung nur von Vereinigten Staaten neu angepackt werden“; zit. nach Helbig, S. 151. Daß sich Brüning über die Folgen seines Schrittes in der Tat klar war, geht u. a. auch daraus hervor, daß er Anfang 1931 eine ähnliche Erklärung zur Reparationsfrage wie dann im Juni vermied, eben weil sie „einen neuen Run der Auslandsgläubiger auf die deutschen Banken mit nachfolgendem Zusammenbruch der Banken“ herbeiführen konnte, für den er sich damals „psychologisch, politisch und diplomatisch noch nicht stark genug fühlte“; Memoiren, S. 226. Zur Reise nach Chequers schrieb Brüning in den Memoiren (S. 278f.): „Hinter uns ließen wir ein Deutschland, in dem, sobald die Notverordnung bekannt war, ein ungeheurer Sturm losbrechen mußte.“

²³ Zu den hier bereits angeführten Belegen nur noch den Hinweis, daß Brüning z.B. in einer Unterredung mit sozialdemokratischen Führern, die auf dem Höhepunkt der Krise nach der 3. Notverordnung stattfand, erkennen ließ, ihm sei die Krise „in diesem Augenblick trotz der ungeheuren Schwierigkeiten nicht so unwillkommen“; Memoiren, S. 286f.

die zu reparationspolitischen Schritten zwingen, so deutete das nicht auf die Kassenlage des Reiches, sondern auf einen bislang meist übersehenen Zusammenhang. So berechtigt die Feststellung wohl ist, Brüning's Innenpolitik sei wesentlich von seinen außenpolitischen Zielen mitbestimmt worden, so kann doch mit gleichem Recht gesagt werden, daß die Außenpolitik Brüning's auch eine nicht zu unterschätzende Funktion in seinem innenpolitischen Programm erfüllen sollte. Brüning war sich der engen Zusammenhänge zwischen der außenpolitischen Lage Deutschlands und den Möglichkeiten zur innenpolitischen Restauration sehr bewußt. Es war ihm klar, daß schon der Rechtsruck, den die Bildung seines Kabinetts darstellte, jene vom Young-Plan bescherte außenpolitische Bewegungsfreiheit voraussetzte²⁴. Ebenso klar war ihm aber, daß der Abschluß der von ihm schrittweise vorangetriebenen Reform der Verfassungswirklichkeit und schließlich die Restauration der Hohenzollern nur dann verwirklicht werden konnten, wenn Deutschland nicht allein vor einer militärischen Intervention, sondern auch vor finanzpolitischen Pressionen gesichert war. Solange jedoch die Reichsregierung Reparationen zahlen mußte und zur Zahlung der Reparationen in einen internationalen Kreditkreislauf eingespannt blieb, konnte jene Sicherheit nicht als gegeben gelten²⁵. Zuvor schon brauchte Brüning aber zu jener schrittweisen Veränderung der Verfassungswirklichkeit ein Mittel zur Disziplinierung der deutschen Gesellschaft und ihrer politischen Gruppierungen. Anfänglich scheint ihm das nicht recht bewußt gewesen zu sein. Indes hat er bald gelernt, die Behauptung von der Notwendigkeit nationaler Disziplin, die er mit seiner außenpolitischen Kriegführung begründete, als Peitsche zur Zählung der Parteien zu benutzen. Zumindest bei den patriotischen Führern der Sozialdemokratie hat diese Peitsche in der Tat gute Dienste geleistet²⁶.

So bietet sich die Außenpolitik des Präsidialsystems – die Kabinette Papen und Schleicher haben auf außenpolitischem Felde lediglich als Vollstrecker Brüning's fungiert – als Teil eines umfassenden Restaurationsversuchs dar, die Tendenz zur innenpolitischen Restauration verstärkend und fixierend, andererseits in gleichem

²⁴ Vgl. Anm. 10. Für einen nicht genauer fixierten Zeitpunkt im Jahre 1932, nach der Wiederwahl Hindenburg's, hatte Brüning eine weitere Rechtsverschiebung des Kabinetts ins Auge gefaßt; auch dazu bemerkt er (Memoiren, S. 461), „die außenpolitische Lage würde es gestatten“.

²⁵ In seinen Memoiren (S. 277) weist Brüning, allerdings im Hinblick auf außenpolitische Initiativen, darauf hin, daß Deutschland durch Zurückziehen der Auslandsgelder „immer wieder zum Nachgeben gezwungen werden konnte, vor allem Frankreich gegenüber“.

²⁶ Zwei besonders eindringliche Beispiele liefert Brüning in seinen Memoiren. Da ist einmal (S. 218) die Schilderung einer Unterredung mit dem lippischen Staatspräsidenten Drake, der sich – es war Ende 1930 – nach Brüning's Erinnerung mit dem Satz verabschiedete: „Ich habe durch diese Unterhaltung jetzt erkannt, daß wir in Deutschland vielleicht durch die drei schwersten Jahre seit den napoleonischen Kriegen durchmüssen, um zu bestehen und um unsere außenpolitische Freiheit wiederzugewinnen. Auf mich können Sie sich dabei verlassen . . .“ Ganz ähnlich für das Frühjahr 1931 eine Unterhaltung mit Severing (S. 276).

Maße von jener Tendenz verstärkt und fixiert. Diese Außenpolitik hat zur innenpolitischen Fasisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht. Manche Elemente nationalsozialistischer Außenpolitik hatten ihre Entsprechung in bestimmten Elementen der Außenpolitik des Präsidentsystems.